



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Elke Heinrichs

Donnerstag, 05. Juli 2018

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Petition an den Bundesgesetzgeber zur Schaffung von gesetzlichen Grundlagen für die Einführung eines verpflichtenden Pfandsystems für Einweg- PET- und Glasflaschen sowie für Aluminiumdosen

Das Problem der Unmengen von Plastikmüll aller Art in Flüssen, Weltmeeren und an den Küsten wird uns seit Jahren vor Augen geführt. Auch das Mikroplastikproblem ist im Steigen begriffen. Umweltorganisationen warnen vor den mehr als bedenklichen Folgen dieser Missstände, die WHO warnt mittlerweile vor dem Konsum von Meeresfischen.

Grundsätzlich gilt für das europäische wie österreichische Abfallrecht:

Vermeidung, Wiederverwertung, stoffliche Verwertung, energetische Verwertung, Abfallentsorgung.

Bereits 2015 wurde auf EU-Ebene ein Aktionsplan zur „Circular Economy“ gestartet. Ein entsprechendes EU-Abfallwirtschaftspaket ist mit 22. Mai 2018 beschlossen. Es gilt eine zweijährige Übergangsfrist für die Mitgliedsstaaten.

Das bedeutet für Österreich allerdings Handlungsbedarf, denn Österreich hat derzeit noch keine umfassenden Programme (Rechtsvorschriften, Strategien und Maßnahmen), um den Schritt von der bisherig linearen Abfallwirtschaft hin zur Kreislaufwirtschaft erfolgreich bewältigen zu können.

Dankenswerter Weise hat das Grazer Umweltamt (Referat für Abfallwirtschaftscontrolling) schon seit längerem einen umfangreichen Maßnahmenkatalog erstellt. Es gibt aktuelle Überlegungen von Papierkorbanalysen zur Überprüfung des Verbrauchs von Einwegbechern bis zum Mehrwegbecherpfandsystem. Den Verbrauch von Plastiksackerln zu reduzieren, ist geplant.

Der obersten Priorität, nämlich der Abfallvermeidung, steht der stark angestiegene Anteil von Einweg-Getränkeverpackungen in Österreich entgegen. Dreiviertel der in Österreich erhältlichen Getränke werden in Einwegverpackungen angeboten. Laut ARA (Altstoff Recycling Austria) gelangen in der Steiermark nur 40% der Leichtverpackungen aus den gelben Tonnen zur Wiederverwertung. 60% werden verbrannt. Ca. 500 Mill. Einwegflaschen werden derzeit verbrannt oder gar nicht wiederverwertet. Zahllose Getränkeflaschen landen im Restmüll oder in der Umgebung.

Jeglicher Kritik dem Mehrwegbehältnissystem gegenüber steht die Tatsache, dass Mehrwegflaschen eine ökologisch wie wirtschaftlich bessere Bilanz darstellen.

Wird eine Ein-Liter-Einwegflasche aus Plastik hergestellt, fallen rund 55 Gramm mehr CO₂-Emissionen an, als wenn eine Glasflasche wieder befüllt wird. Mehrwegflaschen aus Kunststoff können rund 20-mal wieder befüllt werden, solche aus Glas sogar 40-mal. Mehrwegflaschen fördern regionale Wirtschaftskreisläufe und sichern Arbeitsplätze! Auch das Umweltbundesamt empfiehlt grundsätzlich regional abgefüllte Mehrwegflaschen, die Logistik dazu ist auch in der Regel regional organisiert.

Damit Verwertung und Wiederverwertung gut abgewickelt werden können, muss natürlich die Sammlung und das Sortieren der diversen Gebinde möglichst optimal funktionieren. Das Sammeln über Pfandsysteme stellt dabei – wie in Deutschland seit Jahren deutlich sichtbar – eine sehr wirkungsvolle Methode dar.

Seit 2003 besteht in Deutschland die gesetzliche Pflicht für alle Einweg-Getränkeverpackungen. Auch in Schweden, Finnland, Norwegen, Estland, Litauen und Kroatien gibt es diesbezügliche Pfandsysteme, seit Februar 2018 erwägt Frankreich ebenso das Pfand auf Dosen und Plastikflaschen.

Von einem Rückgabesystem gegen Vermüllung der Umwelt wie in Deutschland ist Österreich aber noch weit entfernt.

In Deutschland bezahlt man zunächst etwas mehr für das Getränk, erhält dann 25 Cent an Pfand zurück. 98,5 % an Einweggebinden und 99,5% an Mehrwegflaschen gelangen retour. 20 internationale Studien weisen positive Nettoeffekte von Pfandsystemen auf öffentliche Budgets aus. Die ARA rechnet bei Einführung auch für Österreich mit einer Rücklaufquote von 90 % an Plastikflaschen.

Sehr wohl gibt es in Österreich mit Beginn 2010, und weiters aus den Jahren 2013, 2015, 2016, 2017 Initiativen zum komplexen Thema. Bereits aus 2002 existiert ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes „Für den Erhalt und Ausbau von Verpackungsmehrwegsystemen“.

Die „freiwillige Selbstverpflichtung“ (freiwillige Vereinbarung des vormaligen Umweltministers mit Handel und Getränkewirtschaft in der Gesetzgebungsperiode 2013 bis 2017) ist allerdings leider gescheitert. Die Mehrwegsysteme sind seit 1990 Jahren stark rückläufig.

Laut Umfragen über Handel und Konsumententrends ist die Nachhaltigkeit den österreichischen Konsumenten und Konsumentinnen zunehmend ein wesentliches Anliegen. Es müssen daher dementsprechend umweltschonende Produkte auch angeboten werden. Verpflichtende gesetzliche Maßnahmen sind längst erforderlich.

Im Sinne einer gesunden, intakten Umwelt, und damit gehobene Lebensqualität auch für unsere Nachkommen in Stadt und Land gewährleistet ist, stelle ich daher im Namen der KPÖ Gemeinderatsfraktion folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Der Gemeinderat der Stadt Graz beschließt folgende Petition:

Der Bundesgesetzgeber wird ersucht, die gesetzlichen Voraussetzungen für die Einführung eines verpflichtenden Pfandsystems auf Einwegflaschen aus PET und Glas sowie für Aluminiumdosen zu schaffen und somit den Einsatz von Mehrwegflaschen zu fördern.